

---

## Rechtsprechung

### Seite

(verlinkt mit Anlagen)

1. Verkehrsunfall auf dem Weg vom Beschäftigungsort zu einer Tankstelle – Handlungstendenz des Versicherten maßgebend – Handlungstendenz eindeutig zu belegen – Kläger wollte die HEM-Tankstelle auf der W. Straße aufsuchen um zu tanken – Tankstelle liegt nicht auf direktem Heimweg – Kläger ging im Moment des Unfalls eindeutig einer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit nach – kein Wegeunfall – Notwendigkeit des Tankens unerheblich – verbrauchsbedingtes Auftanken eines Pkw gehört zu der rein eigenwirtschaftlichen Risikosphäre des Versicherten – Urteil des Sächsischen LSG vom 13.06.2022 – L 2 U 138/19 – DOK 372.12 [371 - 379](#)
2. Unfall eines Busfahrers im Jahr 2001, bei dem die Unfallverursacherin starb – Jahre später auf-tretende psychische Gesundheitsbeeinträchtigungen sind nicht auf das Unfallereignis zurückzuführen – PTBS-Kriterien vorliegend nicht erfüllt – Urteil des LSG Baden-Württemberg vom 24.04.2023 – L 1 U 1894/21 – DOK 375 [380 - 390](#)
3. Kläger war 13 Jahre lang als Leichenumbetter von Weltkriegstoten in Osteuropa und Deutschland tätig – begehrt im Verfahren nach § 44 SGB X die Anerkennung seiner gesundheitlichen Beeinträchtigungen als PTBS gem. § 9 Abs. 2 SGB VII – keine gesicherten medizinischen Erkenntnisse zum Zusammenhang einer PTBS bei Leichenumbetttern – Anerkennung einer „Wie-BK“ abgelehnt – Heranziehung von Referenz-Beschäftigten in diesem Fall nicht zulässig – Urteil des LSG Berlin-Brandenburg vom 27.04.2023 – L 21 U 231/19 – DOK 376.6:143.261 [391 - 402](#)
4. Versicherter begehrt Kostenbeteiligung für den Einbau einer neuen Heizungsanlage im Rahmen der Wohnungshilfe – LSG lehnt Anspruch per Beschluss ab – Heizungstausch vorliegend keine Maßnahme, die zur behindertengerechten Anpassung des Wohnraums notwendig ist – Beschluss des LSG Niedersachsen-Bremen vom 27.06.2023 – L 6 U 78/21 – DOK 428.5 [403 - 410](#)
5. Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung begehrt Überweisung zu einer Fach-BG (Beigeladene) – Voraussetzungen des § 136 Abs. 1 S. 4 SGB VII nicht erfüllt – keine wesentliche Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse gegeben – auch bei monostrukturellen Zeitarbeitsunternehmen keine andere Bewertung – Grundsatz der Katasterstetigkeit von hohem Wert – Urteil des LSG Hamburg vom 19.01.2022 – L 2 U 50/19 – DOK 512.4:512.512: 513.11:513.31 [411 - 421](#)